

Krankenkassenbeiträge explodieren: Ampel steht in der Kritik!

Kassen-Chefs kritisieren die Ampelregierung wegen der unzureichenden Finanzierung der Bürgergeld-Kosten und steigenden Beitragslasten.

Berlin, Deutschland - Berlin – Die Krankenkassen schlagen Alarm! Die wachsenden Kosten für Bürgergeld-Empfänger werden jetzt zur Last der Beitragszahler. Die Kassen-Chefs machen die Ampelkoalition für den dramatischen Anstieg der Krankenkassenbeiträge verantwortlich. Experten warnen, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag bereits 2025 in schwindelerregende Höhen von 2,5 Prozent klettern könnte. Für die Versicherten bedeutet das: Weniger Geld im Portemonnaie, wenn die Beiträge erneut auf Rekordniveau steigen!

Diejenigen in der Ampelregierung, darunter Kanzler Olaf Scholz und Gesundheitsminister Karl Lauterbach, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Situation mit der unzureichenden Finanzierung für Bürgergeld-Bezieher selbst verschuldet haben. Laut DAK-Chef Andreas Storm hätte eine ordentliche Finanzierung durch den Bund den größten Anstieg der Krankenkassenbeiträge seit 1975 verhindern können. Stattdessen droht nun eine Erhöhung um 0,8 Prozentpunkte, während ein moderater Anstieg von nur 0,2 oder 0,3 Prozentpunkten möglich gewesen wäre.

Der Finanzierungsnotstand der Kassen

Die finanziellen Blitzer, die die Krankenkassen jährlich belastet, zeigen sich deutlich: Laut einem Gutachten des IGES-Instituts

fehlen den gesetzlichen Krankenkassen jährlich über 9,2 Milliarden Euro, die vom Bund dringend benötigt werden, um die Ausgaben für Bürgergeld-Empfänger zu decken. Im Koalitionsvertrag wurde zwar versprochen, höhere Beiträge aus Steuermitteln zu finanzieren, doch von der Regierung ist bisher kaum Bewegung in Sicht.

Die gesetzliche Krankenversicherung sieht sich durch systematische Unterfinanzierung massiv gefährdet, während Bürgergeldempfänger den Kassen empfindlich auf die Tasche liegen. Ihre Versorgung kostet zurzeit circa 120 Euro pro Monat aus Steuermitteln, während privat Versicherte in ähnlichen Situationen satte 420 Euro erhalten. Jetzt drohen einmal mehr Beitragserhöhungen, die für viele Beteiligte chaotische finanzielle Konsequenzen haben!

Details	
Ort	Berlin, Deutschland

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at